

COMPUTERWOCHE

Ausgabe 2019 – 10-11 4. März 2019 Nur im Abonnement erhältlich

VOICE OF DIGITAL

Digitale Workflows im Griff

Wer seine Arbeitsabläufe digitalisiert, schafft Freiräume für Innovationsprojekte.

Seite 16

Kritik am digitalen Gesundheitswesen

Der Bundesrechnungshof teilt aus gegen Gematik und Bundesregierung.

Seite 6

Was CIOs 2019 beschäftigt

Sicherheit, Cloud-Migration und immer noch DSGVO.

Seite 34

Hamburg lockt die IT-Elite

Hanseaten bieten IT-Talenten mehr als nur Hafen und Logistik.

Seite 40



„Plattform“ ist das Unwort der Dekade

Wer den Begriff Plattform in die IT-Welt gesetzt hat, sollte Tantiemen von der Softwareindustrie bekommen. Kein Begriff verbirgt besser die Probleme, die der Softwareeinsatz mit sich bringt.

Jeder kennt sie, die Powerpoint-Charts der großen Softwarehersteller: In bunten Farben stehen dicke und dünne Balken nebeneinander, mit denen vor allem die eigenen Produktwelten in ein Großes, Ganzes eingeordnet werden. Pfeile und Dotted Lines schaffen kreuz und quer Verbindungen, oft steht API oder REST API dran. Ein optisches Fundament mit Namen Infrastruktur oder Datenbank ist dabei, ebenso eine Wolke, die die Cloud symbolisiert.

Auf solchen Charts passt immer alles zusammen. Alte Anwendungen fügen sich „seamless“ in moderne Softwarearchitekturen ein. Marktführende Softwareprodukte und Cloud-Welten lassen sich „mit wenigen Clicks“ in die Plattform einklinken, vorhandene Individualanwendungen packt man einfach in Container und dockt sie an.

Plattformen suggerieren Stabilität, Sicherheit, Vollständigkeit und Integration. Automatisch drängt sich der Aristoteles-Gedanke auf: „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.“ Aber ist das wirklich so? Tatsächlich müssen viele Softwareplattformen den Beweis erst noch erbringen. Nehmen wir das Beispiel Kunden-Management: Die großen Softwarehäuser kaufen Marketing-, Vertriebs-, E-Commerce- und Kundenservice-Lösungen zusammen und nennen das dann Plattform.

John Donahoe, CEO von ServiceNow, sagt im CW-Gespräch (Seite 16), große Konzerne wollten nur noch mit vier bis sechs großen Plattformanbietern zusammenarbeiten. Ein bisschen erinnert das an die guten alten Zeiten: „Nobody gets fired for buying IBM.“ IT-Verantwortliche sollten Vorsicht walten lassen und bei der Softwareauswahl auch in Zukunft den gesamten Markt im Blick behalten. Auf Plattformen sind Angebotslücken und -schwächen leicht zu verstecken.

Herzlich,
Ihr



Heinrich Vaske, Editorial Director



Heinrich Vaske,
Editorial Director

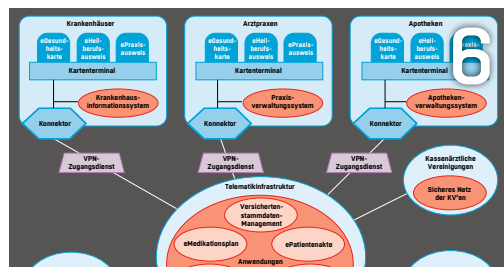
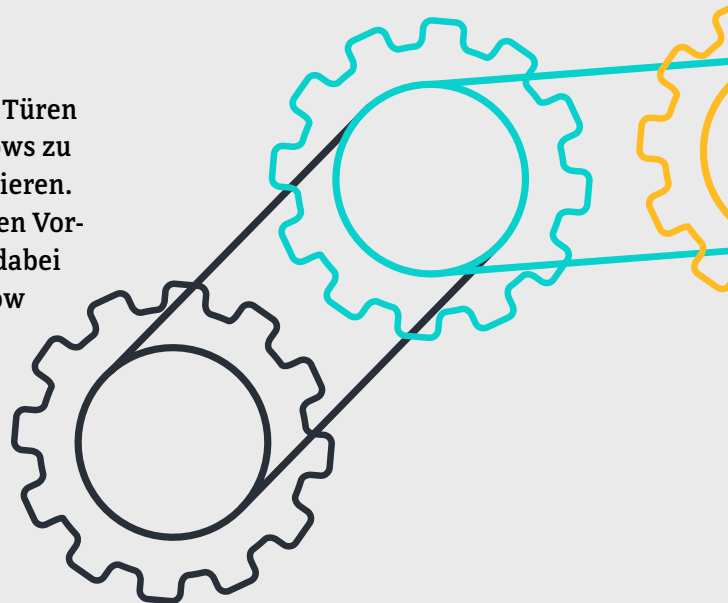


▷ **Studie zum Thema ESM**
Die CW-Studie „Enterprise Service Management 2019“ (299 Euro) zeigt, wie Unternehmen ihre Workflows digitalisieren wollen: <https://w.idg.de/2T9ot6s>

▶▶ 16

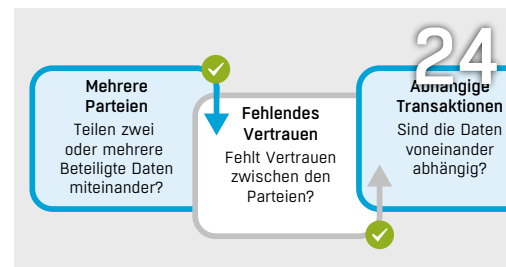
Der steinige Weg zu digitalen Workflows

ServiceNow rennt bei CIOs offene Türen ein mit dem Versprechen, Workflows zu standardisieren und zu automatisieren. CEO John Donahoe erklärt, welchen Voraussetzungen sich Unternehmen dabei stellen müssen und wie ServiceNow im Konzert der großen Softwareanbieter mitspielen will. Eine Roundtable-Diskussion zum Thema Enterprise-Service-Management zeigt indes, dass auch viele kleine Anbieter gute Ideen zum Thema haben.



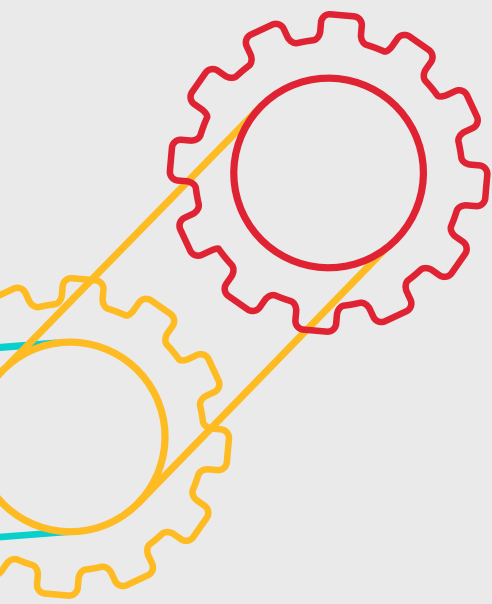
Markt

- 6 Gematik in der Kritik**
In Deutschland geht es mit der elektronischen Gesundheitskarte und der Telematikinfrastruktur kaum voran, wie ein Prüfbericht des Bundesrechnungshofs offenlegt. Im Mittelpunkt der Kritik stehen die Gematik und die Bundesregierung.
- 9 Kryptowährung von J.P. Morgan**
Die amerikanische Großbank will die eigene Kryptowährung „JPM Coin“ im Tagesgeschäft testen. Vorerst bleibt der Versuch auf ausgewählte Großkunden beschränkt.
- 11 Microsoft bringt HoloLens 2 heraus**
Die Mixed-Reality-Brille bietet ein größeres Sichtfeld. Virtuelle Objekte lassen sich wie echte anfassen und hin- und herschieben.



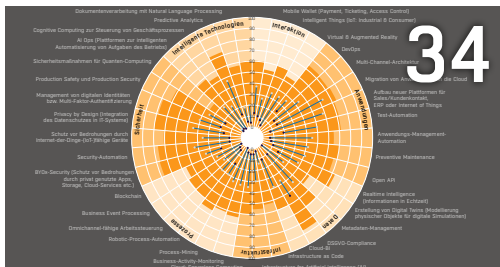
Technik

- 24 Blockchain: So finden Sie Use Cases**
Viele Unternehmen haben noch nicht verstanden, welches Potenzial ihnen Blockchain-Techniken bieten können. Ein systematisches Vorgehen in vier Schritten führt zu den geeigneten Use Cases.
- 30 Unix ist tot, es lebe Linux**
Jahrelang waren Unix-Varianten wie AIX, HP-UX oder Solaris gesetzt. Inzwischen kommen sie nur noch in Nischen zum Einsatz. Das Open-Source-System Linux hat die Macht übernommen.
- 32 KI beflügelt Analytics-Systeme**
Gartner beobachtet einen steigenden Einfluss von maschinellem Lernen und KI auf Big-Data- und Analytics-Systeme.



Mobile World Congress 14

Früher ging es in Barcelona nur um Mobile Computing. Heute ist die gesamte Digitalisierung Thema. Ein Überblick.



Praxis

- 34 Die Themen der CIOs im Jahr 2019**
IT-Sicherheit und die Migration vorhandener Anwendungen in Cloud-Umgebungen beschäftigen IT-Chefs in diesem Jahr ganz besonders. Eine Analyse von Capgemini zeigt aber auch, dass die Datenschutz-Grundverordnung immer noch nicht abgehakt ist.
- 38 Robotic Process Automation**
Der amerikanische Telekommunikationskonzern AT&T setzt Robotic Process Automation (RPA) schon seit Längerem im großen Stil ein. Sorabh Saxena, verantwortlich für das weltweite Business und langjähriger CIO bei AT&T, erklärt im CW-Gespräch, welche Vorteile sich der Telco bieten und was Unternehmen bei der Einführung und Nutzung beachten müssen.



Job & Karriere

- 40 IT-Stadt Hamburg putzt sich heraus**
Hamburg nimmt für sich in Anspruch – neben den Jobs rund um den Hafen und die Logistik – eine große Bandbreite an interessanten Arbeitgebern und spannenden IT-Stellenangeboten zu bieten.
- 44 Ein Standard für die Teamarbeit**
Ein neuer internationaler Kompetenzstandard soll dafür sorgen, dass mehr Qualität in die Projektarbeit kommt.
- 46 Berufsbild Data Scientist**
Informatiker, Physiker und Mathematiker bringen gute Voraussetzungen mit, um als Data Scientists zu arbeiten. Ein Interesse an wirtschaftlichen Zusammenhängen ist hilfreich, ebenso Kommunikationstalent.
- 47 Stellenmarkt**
- 49 Impressum**
- 50 IT in Zahlen**

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen wird zum Albtraum

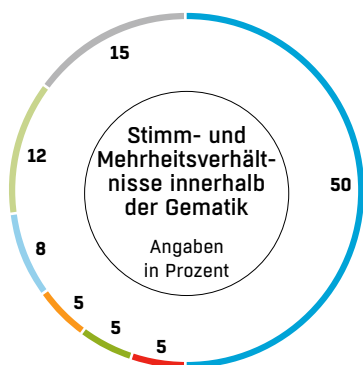
Seit Jahren doktert die Gematik an der elektronischen Gesundheitskarte und der Telematikinfrastruktur herum – ohne Erfolg, wie ein aktueller Prüfbericht des Bundesrechnungshofs (BRH) schonungslos offenlegt. Die Bundesregierung muss sich harsche Kritik gefallen lassen.



Von Martin Bayer,
Deputy Editorial Director

Stimmanteile in der Gematik

Für eine momentan noch erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit in der Gematik geht nichts ohne den Dachverband der gesetzlichen Krankenkassen.



- GKV-Spitzenverband
- Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
- Bundeszahnärztekammer
- Bundesärztekammer
- Deutscher Apothekenverband
- Deutsche Krankenhausgesellschaft
- Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung

Quelle: Gematik

Die Zwischenbilanz des BRH zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) und der dazugehörigen Telematikinfrastruktur fällt verheerend aus. „15 Jahre nach Beginn des Projekts ist lediglich ein Teil der ärztlichen Praxen an die Telematikinfrastruktur angeschlossen“, heißt es in einem Bericht der Prüfbehörde, der der COMPUTERWOCHE vorliegt. Krankenhäuser und andere Leistungserbringer seien komplett außen vor. Bislang habe die Gesundheitskarte keinen konkreten Mehrwert für Leistungserbringer und Versicherte gebracht. Zwar handele es sich bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens durchaus um eine komplexe und zeitaufwendige Aufgabe, konzedieren die Prüfer. Es sei aber nicht vertretbar, „dass auch nach weit mehr als einem Jahrzehnt das Projekt nur ansatzweise verwirklicht ist“.

Verantwortlich ist aus Sicht des Bundesrechnungshofs die Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH (Gematik). In dieser Organisation sollten die beteiligten Vertreter des deutschen Gesundheitswesens eigentlich gemeinsam an der Einführung der Gesundheitskarte und dem Aufbau der notwendigen Infrastruktur arbeiten. Doch dieser Plan ging gründlich daneben. Gegensätzliche Interessen führten immer wieder zu Verzögerungen und bremsten die Einführung, heißt es in dem Bericht. Allein bis zum Jahr 2017 habe die Gematik Kosten von 606 Millionen Euro verursacht.

Mit der Gesundheitskarte und der Telematikinfrastruktur sollen sämtliche Beteiligten im deutschen Gesundheitswesen vernetzt werden. Das betrifft rund 170.000 Arzt-, Zahnarzt- und Psychotherapeutenpraxen, 20.000 Apotheken,

2000 Krankenhäuser, 110 gesetzliche Krankenkassen sowie 1200 Vorsorge- und Reha-Einrichtungen. Die ersten Pläne dafür reichen bis ins Jahr 1996 zurück. Damals hatte das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ein Beratungsunternehmen mit einer Studie zur Telematik im Gesundheitswesen beauftragt. Einen ersten rechtlichen Rahmen schuf das GKV-Modernisierungsgesetz im Jahr 2004. Ein Jahr darauf wurde die Gematik gegründet, die auf Basis des sogenannten Telematikgesetzes den weiteren Ausbau der Infrastruktur vorantreiben sollte.

Doch hier ging es nur schleppend voran. Dem Bundesrechnungshof zufolge hat es sich nicht bewährt, „die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und der Telematikinfrastruktur den Spitzenorganisationen zu übertragen“. Die Organisations- und Entscheidungsstruktur der Gematik unterstütze nicht ausreichend ihren gesetzlichen Auftrag, die Telematikinfrastruktur zu schaffen. Seit dem Gründungsjahr 2005 habe es massive Verzögerungen gegeben. Erst mit dem E-Health-Gesetz ab dem Jahr 2015 hätten sich Fortschritte abgezeichnet – aber nur, weil von diesem Zeitpunkt an Fristen gesetzt, Sanktionen und Ersatzvornahmen eingeführt worden seien.

„Zuständigkeit der Gematik durchbrechen“

Der Bundesrechnungshof empfiehlt, eine andere Organisationsstruktur für die Einführung der Telematikinfrastruktur und weiterer Anwendungen der elektronischen Gesundheitskarte zu schaffen. Diese sollte so beschaffen sein, dass Entscheidungsprozesse unterstützt und nicht durch unterschiedliche Interessen verzögert würden. Die Prüfer raten daher, „die Allzuständigkeit der Gematik zu durchbrechen“. Richtungsweisende Entscheidungen sollten vom Bundesgesundheitsministerium selbst oder einer von ihm beeinflussbaren Organisation im Sinne eines Top-down-Ansatzes getroffen werden können.

Kostenanstieg im Gesundheitswesen

2017 stiegen die Gesundheitsausgaben in Deutschland um knapp fünf Prozent auf den Rekordwert von 374 Milliarden Euro. Die Verursacher im Überblick:



Große Einsparungen wären möglich

Es gibt offenbar viel Potenzial, die Kosten im deutschen Gesundheitswesen zu senken. Milliarden Euro würden zum Fenster hinausgeworfen, weil es mit der Digitalisierung nur im Schnecken tempo vorangehe, kritisierte im Herbst 2018 McKinsey. Bis zu 34 Milliarden Euro könnten allein 2018 eingespart werden, wenn im Gesundheitswesen die digitalen Chancen genutzt würden.

„Deutschland diskutiert, unsere Nachbarn sind schon weiter“, heißt es ein wenig hämisch in der Untersuchung. In Österreich etwa begleite die elektronische Gesundheitskarte die Bürger längst von Arzt zu Arzt und auch ins Krankenhaus. In Ländern wie Schweden, Dänemark, Estland und Italien verschickten Ärzte elektronische Rezepte an Patienten oder direkt an die Apotheke, die dann die Medikamente auslieferte. McKinsey riet den Akteuren im hiesigen Gesundheitswesen dringend, endlich die elektronische Gesundheitsakte und das E-Rezept einzuführen.

► tigt funktionieren.“ Ullmann fordert daher: „Die Gematik muss aufgelöst werden.“

Tatsächlich scheint man auch im BMG allmählich die Geduld zu verlieren. Mit einem Änderungsantrag zum Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) will Spahn offenbar die Gesellschafterstrukturen der Gematik tiefgreifend verändern. Das Ministerium plant, mit einem Anteil von 51 Prozent selbst Gesellschafter der Gematik zu werden. Bislang hielt der Spitzenverband Bund der gesetzlichen Krankenkassen 50 Prozent. Die andere Hälfte teilten ärztliche, zahnärztliche und apothekergestützte Interessenverbände unter sich auf.

Beide sollen künftig nur noch jeweils 24,5 Prozent kontrollieren. Darüber hinaus will Spahn die Entscheidungswege beschleunigen. War bis dato eine Zwei-Drittel-Mehrheit für einen Beschluss erforderlich, soll künftig eine einfache Mehrheit reichen. So will der Minister Tempo machen. Schließlich hat er sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Bis 2021 sollen die Krankenkassen verpflichtet werden, ihren Versicherten eine elektronische Patientenakte anzubieten.

In den Reihen der Gematik-Gesellschafter ist man empört über den Vorstoß des Ministeriums. Ärztevertreter warnten davor, die im Koalitionsvertrag bestätigte Selbstverwaltung im Gesundheitswesen durch einen „staatsdirigistischen Eingriff“ auszuhebeln. „Das wäre ein Systembruch, den wir strikt ablehnen“, sagte Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK). Damit würden Kompetenzen, Zuständigkeiten und Finanzierung zwischen staatlichen Institutionen und der gemeinsamen Selbstverwaltung vermischt, was zu Intransparenz und unklaren Verantwortlichkeiten führe, hieß es von Seiten des Spitzenverbands der Krankenkassen. Schließlich habe es auch in den Jahren 2005 bis 2010, als das Gesundheitsministerium per Rechtsverordnung die Entscheidungsgewalt in der Gematik innehatte, keine Fortschritte beim Aufbau der Telematikinfrastruktur gegeben.

Aus Sicht der Krankenkassen seien die Verzögerungen darauf zurückzuführen, dass die Industrie mit der Produktion der notwendigen Geräte nicht hinterherkomme. Auch eine mehrheitliche Übernahme durch das Ministerium werde kaum dazu führen, dass die Anbieter schneller arbeiteten. Probleme in der Arbeit der Gematik gebe es nicht. Mittlerweile ständen alle erforderlichen Komponenten für die Anbindung medizinischer Einrichtungen an die Telematikinfrastruktur zur Verfügung, versicherte im vergangenen Jahr Alexander Beyer, Geschäftsführer der Gematik. Aktuell würden alle Praxen und Krankenhäuser nach und nach angeschlossen.

Gewollte Intransparenz?

Allerdings bleibe noch viel zu tun, räumte Beyer damals ein. Man arbeite mit Hochdruck an den technischen und organisatorischen Standards für eine sichere, funktionale und praktikable elektronische Patientenakte. Hier liege die Gematik voll im Plan und werde noch 2018 ein Konzept präsentieren. Tatsächlich hat die Gematik kurz vor Weihnachten Vorgaben für die ePA veröffentlicht. Nun sei die Industrie gefragt, ihre Produkte zu entwickeln und deren Zulassung bei der Gematik zu beantragen.

Insider argwöhnen indes, dass Kassen, Apotheken und Ärzten gar nicht daran gelegen sei, die Digitalisierung im hiesigen Gesundheitswesen voranzutreiben. Schließlich würden elektronische Gesundheitskarte und Patientenakte auch mehr Transparenz bedeuten. Versicherte erhielten Einblick, was Ärzte und Krankenhäuser abrechneten. Und das ist ein Milliardengeschäft. 2016 wurde hierzulande erstmals mehr als eine Milliarde Euro pro Tag für Gesundheit ausgegeben, meldete das Statistische Bundesamt vor einem Jahr. Für 2017 prognostizierten die Statistiker einen Anstieg der Kosten um 4,9 Prozent auf insgesamt 374,2 Milliarden Euro. Finanziert werden die Gesundheitsausgaben von Staat, Privathaushalten und Unternehmen. ■